

UNIVERSITÄTSZEITUNG

25

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG



DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT

LEIPZIG
25. 6. 1964
8. JG. / 33 603
15 PFENNIG

1,7 DEZ 1964

Eine
erregende
Entwicklung
und die
Konsequenzen

Aus dem Diskussionsbeitrag von Prof. Dr. Lösche, Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, auf der Bezirksdelegiertenkonferenz der Partei

Über die Notwendigkeit, die Produktion wissenschaftlich zu durchdringen, ist schon viel gesprochen worden. Dabei offenbarten sich auch viele Mißverständnisse. Es ist heute nicht eine Frage des Prestiges und Ansehens, ob Wissenschaftler, ähnlich einem Luxusgegenstand, in den Betrieben eingestellt werden. Es ist einfach eine Existenzfrage.

Vergegenwärtigen wir uns einmal die Entwicklungszeiten von Geräten zu Gebrauchsgegenständen. Beim Spektrometer verlagern sich jetzt von neunzig Jahren vor der physikalischen Erfindung bis zum Zeitpunkt der serienmäßigen Herstellung 1944 wurden die elektromagnetischen Wellen nachgewiesen – 1923 das Rundfunkgerät eingeführt. Anfang der 30er Jahre sind die ersten Fernseh-Laborversuche begonnen worden und in den Jahren 1936/40 die ersten industriellen Fernsehgeräte gebaut.

Die Zeitspanne verkürzte sich immer mehr. Moderne Bauelemente, zum Beispiel Transistoren, wurden etwa 1948 im Labor entwickelt und waren bereits nach vier bis fünf Jahren im Handel. Heute ist die „Heule“, bestückt mit 30 bis 40 solcher Transistoren, in jeder Hand. Nur ein bis zwei Jahre vergehen gegenwärtig von der physikalischen Erfindung bis zur Herstellung.

Eine erregende Entwicklung. Von diesem Gesichtspunkt aus muß man die wissenschaftliche Durchdringung der Produktion sehen. Daraus ergeben sich sowohl für die Ausbildung und auch das ganze Berufsprofil der Naturwissenschaftler, Physiker und Chemiker neue Gesichtspunkte, ebenso ergeben sie sich für die Art der Wechselwirkung zwischen den produzierenden Betrieben einerseits und den wissenschaftlichen Instituten andererseits.

Die Verbindung von Industrie und Forschungsinstitut hat vielfältige Möglichkeiten. Nimmt man nur die gegenseitige Beratung, so bringen ihre Ergebnisse, in Geld ausgedrückt, astronomische Werte. In den letzten vier Jahren hat die Vertragsforschung an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät das Aushaltbudget der normalen Haushaltforschung ausgemacht. In einigen Bereichen der Fakultät beträgt das Volumen der Vertragsforschung das Drei- bis Vierfache der normalen Haushaltmittel für Forschung. Es sind von den Instituten eine ganze Reihe Themen übernommen worden, die von der Industrie kommen. Dadurch hat sich durch langfristige Verträge ein sehr gutes Arbeitsverhältnis mit vielen Betrieben herausgebildet, das

sich positiv bei der Absolventenvermittlung und beim Einsatz von Naturwissenschaftlern in den Betrieben ausgewirkt hat.

Wir haben in der Art der Forschung noch mit manchen Fehlaussetzungen zu kämpfen. Die schnelle Überführung von Neuem in die Produktion ist doch nur dann möglich, wenn in den Betrieben eine breite Basis auch naturwissenschaftlicher Grundlagen vorhanden ist. Zum Beispiel ist der Transistor doch nicht plötzlich als etwas ganz Neues entstanden, vielmehr waren die Möglichkeiten seiner Entwicklung doch schon durch viele Forschungen gegeben. Sie alle hatten aber einen rein akademischen Charakter. Erst als man die Materialherstellung beherrschte, das heißt die Produktionsreife erreicht war, erst dann ging es eben schneller.

Man muß sich hüten, den Nutzen einer Forschungsarbeit engstirnig nach dem Gewinn einzuschätzen, den die Arbeit nach vier Wochen bringen soll. Das ist eine kleinliche Einschätzung, die wir aber noch oft finden. Vorausgesetzt, daß die Richtung, in der die Entwicklung geht, stimmt, muß man auch jene Forschung unterstützen, die erst in etwa ein bis zwei Jahren etwas bringen wird.

Universitätsangehörige
in Parteiorganen des Bezirkes

Die Delegiertenkonferenz des Bezirkes Leipzig wählte folgende Universitätsangehörige als Mitglieder der SED-Bezirksleitung:

Hans-Joachim Böhme, Sekretär der Universitäts-Parteileitung.

Prof. Dr. Gerhard Harig, Direktor des Karl-Sudhoff-Instituts für Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften.

Prof. Dr. Georg Müller, Rektor der Karl-Marx-Universität, Direktor des Instituts für Bodenkunde und Mikrobiologie.

Dozent Dr. Werner Möller, Institut für Philosophie, Abteilung Historischer Materialismus.

Dr. Norbert Rossow, Oberassistent an der Medizinischen Klinik.

Prof. Dr. Gerhard Winkler, Dekan der Landwirtschaftlichen Fakultät, Institut für Agrarökonomie.

Als Mitglied der Bezirks-Revisionskommission wurde gewählt: Wolfgang Grunewald, Aspirant am Institut für Marxismus-Leninismus.

In die Organe der Bezirksleitung wurden folgende Genossen aus unserer Parteiorganisation berufen:

Als Mitglied der Ideologischen Kommission: Hans-Joachim Böhme, Sekretär der Universitäts-Parteileitung.

Als Mitglied des Büros für Industrie und Bauwesen: Prof. Dr. Horst Blay, Direktor des Instituts für Arbeitsökonomie.

Als Kandidat der Bezirks-Partikontrollkommission: Dr. Ursula Hockauf, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Pädagogik.

Zum Thema:

Die Stellung
der Universitäten
im einheitlichen
sozialistischen
Bildungssystem

spricht Johannes Hörnig, Kandidat des Zentralkomitees und Leiter der Abteilung Wissenschaften beim Zentralkomitee der SED, in der Abschlußveranstaltung des Marxistischen Kolloquiums im Studienjahr 1963/64 am Montag, dem 29. Juni 1964, 18 Uhr, im Großen Hörsaal des Physiologischen Instituts, Liebigstraße 27.

Viel Beifall für
Universitäts-
Ensembles
im Bezirk Gera

Zum Gelingen der Arbeiterfestspiele im Bezirk Gera leisteten die Laienkunstgruppen der Karl-Marx-Universität einen bedeutenden Beitrag. Das Musiktheater des Ensembles „Pawel Kortschagin“ trat mit der Operette „Die Glöckchen von Cornville“ auf (unser Bild), mit einer kabarettistischen Schau erhielten die „Academiker“ einen großen Publikumserfolg, und viel Beifall und Anerkennung fand die eindrucksvolle Interpretation von Louis Fürnbergs „Spanischer Hochzeit“ durch das Louis-Fürnberg-Ensemble. Foto: Zentralbild

Der Vertrag
zerschlägt
gefährliche
Illusionen

Aus einem Interview, das Walter Ulbricht anlässlich seines Besuchs der 6. Arbeiterfestspiele im Bezirk Gera der Redaktion der „Volkswacht“ gab

Frage: Wie wir erfahren, stellen zwei Gäste aus Westdeutschland auch die Frage, ob der Vertrag nicht die Spaltung Deutschlands vertieft?

Antwort: Die Spaltung Deutschlands wurde herbeigeführt durch die kapitalistischen Monopole und die Militaristen, und sie wurde vertieft durch die Aufrüstung Westdeutschlands. Der Vertrag jedoch dient der friedlichen Lösung der deutschen Frage durch Verständigung und Abrüstung. Der Vertrag zerschlägt die gefährlichen Illusionen der Bevandepolitik und all derer, die annehmen, es könnte doch irgendwann eine Zeit kommen, wo das deutsche Monopolkapital, die Großgrundbesitzer, die militaristischen Kräfte über ganz Deutschland herrschen könnten. Mit all diesen Illusionen ist es zu Ende.

Den westlichen Glisten der Arbeiterfestspiele haben wir offen gesagt, daß die Zeit vorbei ist, da die imperialistischen Kräfte

die Entwicklung in der Welt bestimmen und Grenzen verändern können.

Der Preis für die friedliche Lösung der deutschen Frage ist ganz klar genannt worden. Er besteht darin, daß die Bonner Regierung auf Bevandepolitik verzichtet und sich bereit erklärt, normale Beziehungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu fördern. Das wäre ein echter Beitrag der Bonner Bundesregierung zur Entspannung.

Frage: Genosse Ulbricht, Sie sind also der Meinung, daß dieser Vertrag nicht nur der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zum Nutzen ist, sondern allen friedliebenden Kräften in Deutschland?

Antwort: Der Vertrag dient selbstverständlich in erster Linie der Bevölkerung unseres Vaterlandes, der Deutschen Demokratischen Republik, aber auch den Arbeitern, Bauern, der Intelligenz und allen Werktätigen Westdeutschlands, die im Frieden

leben wollen. Ich möchte sagen, daß der Vertrag der friedliebenden Bevölkerung beider deutscher Staaten hilft, den Weg zu bereiten zur Herbeiführung eines deutschen Friedensvertrages und zur friedlichen Lösung der Westberlinfrage.

Frage: Sie meinen also, ein deutscher Friedensvertrag sei nun erst recht notwendig?

Antwort: Der Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit ist ein wichtiger Faktor zur Stabilisierung der internationalen Stellung der Deutschen Demokratischen Republik und zur Sicherung ihrer sozialistischen Perspektive.

Dieser Vertrag hat aber nichts zu tun mit einem separaten Friedensvertrag. Der Vertrag gibt uns zwar alles, was die Deutsche Demokratische Republik von einem solchen Vertrag erwarten kann und braucht, aber wir führen doch eine nationale Politik

im Geiste des ganzen deutschen Volkes. Wir sind tief besorgt um die Lage der Arbeiterschaft, der Bauern, der Intelligenz in Westdeutschland. Wir können nicht ruhig zusehen, daß unsere westdeutschen Klassenverbände, die westdeutsche Arbeiterschaft und ihre Verbündeten, die friedliebenden Bauern und die fortschrittliche Intelligenz, unter den Lasten und dem Druck des Militarismus und der Reaktion leiden. Wir können nicht ruhig zusehen, wie die Militaristen das werktätige Volk mit dem Gift der Bevandepolitik und des Völkermars versuchen. Wir sagen es deshalb offen, daß unsere konsequente Politik der Sicherung des Friedens, der friedlichen Koexistenz, den unmittelbaren Interessen und Wünschen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik dient, aber ebenso dem Zweck, die westdeutschen Friedenskräfte zu ermutigen, keine Anstrengungen zu scheuen, damit auch in Westdeutschland die Kräfte des Friedens wachsen und sich durchsetzen.